

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Nr. 11 / 9. Oktober 1967

Vorlesungsangebot soll öffentlich diskutiert werden

Der Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität hat einen neuen Versuch unternommen, die Fakultäten in eine öffentliche Diskussion über Studien- und Reformprobleme hineinzuziehen. Mit einem Schreiben an alle Dekane wurden die Abteilungen aufgefordert, das Vorlesungsangebot in jedem Semester vor einer endgültigen Beschlussfassung in Fachschaftsversammlungen erörtern zu lassen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Das Studentenparlament und der Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität haben mehrfach bekundet, daß ihr erstes Interesse der Gestaltung des Studiums gilt. Das Vorlesungsangebot eines jeden Semesters ist die konkrete Planung des Studienablaufs in den einzelnen Fächern.

Alle Diskussionen um Studienreform bzw. Studiengestaltung finden hier auf der Seite der Planung ihren Abschluß; nach der Verwirklichung durch die einzelnen Lehrveranstaltungen sollte die kritische Überprüfung folgen, mit dem Ziel der permanenten Reform und Verbesserung, wenn dies notwendig ist.

Die Beschlussfassung über das Vorlesungsangebot ist somit ein ganz entscheidendes Ereignis im Rahmen des Aufgabenbereiches der Hochschule. Dieser Beschlussfassung sollte die Information aller Beteiligten vorausgehen, um eine gesamt-universitäre Diskussion zu ermöglichen.

Die Studentenschaft, vertreten durch den Hauptausschuß des Studentenparlaments und dem Vorstand der Studentenschaft, ersucht daher die Fakultäten der Ruhr-Universität, die Diskussion des Vorlesungsangebots vor der endgültigen Verabschiedung in der ganzen Universität zu ermöglichen.

Im einzelnen unser Vorschlag: Die gewählten Studentenvertreter der einzelnen Abteilungen sollten bereits vor der

ersten Beratung des Vorlesungsangebots ständig Einblick in die Entwicklung des Vorlesungsangebots erhalten. Diese Möglichkeit besteht bereits in einigen Abteilungen.

Nach einer ersten Behandlung durch die Fakultät sollte das Vorlesungsangebot veröffentlicht werden. Dann besteht die Möglichkeit der eingehenden Diskussion durch alle interessierten Studierenden des jeweiligen Faches. Wenn nötig und möglich, können zu diesem Thema Vollversammlungen der Fachschaften durchgeführt werden.

Auf diese Weise kann die Mitwirkung der Studentenvertreter in den akademischen Gremien real werden, wenn die Studentenvertreter nämlich die Möglichkeit haben, vor den Entscheidungen die anstehenden Fragen mit den Studierenden ihres Faches zu erörtern.

Nach der Diskussion in der Studentenschaft und nach Möglichkeit auch unter den Assistenten und anderen Angehörigen der Universität sollte eine zweite abschließende Beratung in der Fakultät stattfinden, wobei die Ergebnisse der vorangegangenen Diskussion berücksichtigt werden sollten.

Der Vorstand der Studentenschaft hat den Rektor und den Kanzler ersucht, die organisatorischen Möglichkeiten (Drucklegung des Vorlesungsverzeichnisses) für die etwas längere Beratung des Vorlesungsangebots zu schaffen.“

Kanzler Dr. Seel meint zu den Studentenunruhen: „Luftiges Gemisch“

Der Kanzler und Verwaltungschef der Ruhr-Universität hat in einem Artikel in der F.A.Z. („Bedrängte Väter einer rebellierenden Jugend“) kürzlich seine Meinung zu den Studentenunruhen der jüngsten Vergangenheit dargelegt. Dr. Seel macht folgende Beobachtungen:

1. Die Studentenunruhen sind Ausdruck eines Generationskonflikts und eines Konflikts der Jugend mit sich selbst (einer Spranger-These folgend zitiert Dr. Seel: „Dieses Gemisch von luftiger Phantasie und rationaler Geradlinigkeit projiziert [der junge Mensch] in die Zukunft und bietet es als politisches Ideal an“).

2. Ekel vor der Wohlstandsgesellschaft, der sich in verschiedenen Protesthaltungen zeigt. („Und wenn sie nicht fertig werden können mit der Freiheit und den Problemen des Wohlstandes, so machen sie die Gesellschaft dafür verantwortlich“).

3. Ausgeprägtes Selbstbewusstsein. („Sie reden über alles; Bescheidenheit hat wenig Chance. Welch sympathische Schizophrenie, wenn voller Selbstbewusstsein die Studenten dem Professor am liebsten auf die Schulter klopfen und „Kollege“ zu ihm sagen möchten; einander aber in den eigenen Gremien mit „Herr Präsident“ anreden“).

4. Enttäuschung, daß die innere Reform der Hochschulen nicht vollzogen wird.

5. Der Gegensatz zwischen den Zielen der Studentenvertreter und der Masse der Studenten; Unlust an Studentenvahlen.

6. Die Methode von Studentenvertretern, aus taktischen Überlegungen zu über-treiben („... nur über lautstarke Forderungen und Sensationen möglich, sich Gehör zu verschaffen“).

7. Eine universitätsinterne Diskussion über den Nationalsozialismus hat nicht stattgefunden.

8. Die Studentenschaft hat als Körperschaft kein politisches Mandat („... würde ein Vertreter der Studentenschaft im Senat etwa den Antrag

stellen, den Vietnam-Krieg offiziell zu verurteilen. Dies wäre der Anfang vom Begräbnis [letzter Klasse] der Universität“).

Dr. Seel sieht als Lösung: „Das Gespräch mit den Studenten im Rahmen der Universitätsreform muß weiter ernsthaft betrieben werden. Das erfordert von allen Seiten einen aufrichtigen ehrlichen Willen — auch zum Kompromiß“.

(Vergl. Kommentar „Kanzlerworte“)

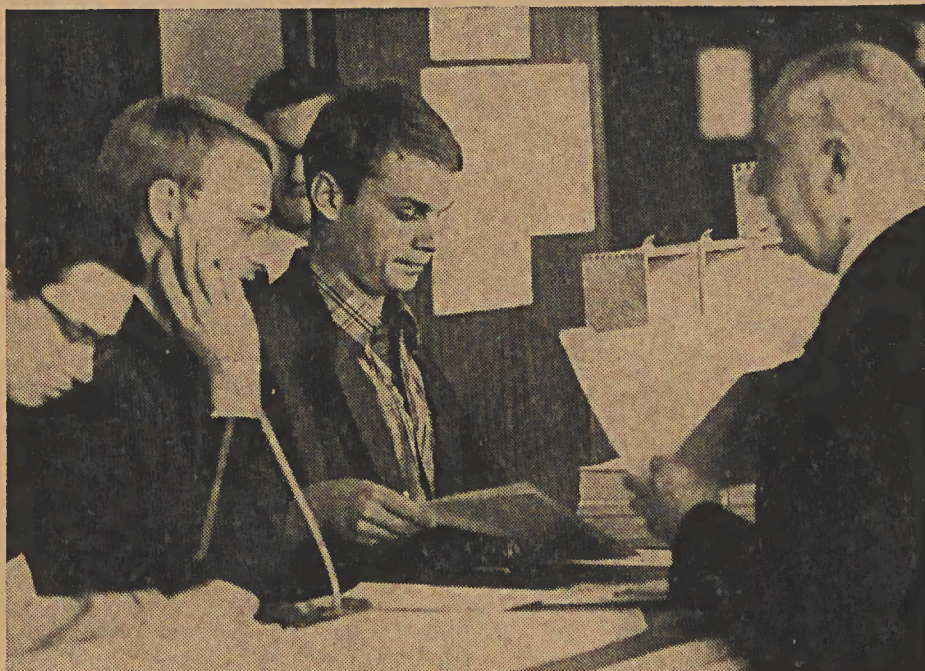
Bestens informiert

GÖTTINGEN. (BSZ) — Ein Student wurde in Göttingen zum Presse- und Informationsreferenten der Universität angestellt. Der Rektor, Prof. Dr. Walter Killy, stellte hierzu seinen Oberseminaristen Brüggemann frei, der in diesem Jahr auch die bekannte Göttinger Studentenzeitung „politikon“ verantwortlich geleitet hatte. Meinte AStA-Vorsitzender Eßbach: „Jetzt bin ich der am besten informierte Studentenvertreter in der Bundesrepublik“.

Besuch aus Bratislava

Seit Anfang des Jahres korrespondiert der Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität mit Studenten der Universität Bratislava (CSSR), die sich an einem längeren Aufenthalt in Bochum interessiert zeigen. Nach einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden Alois Kircher, der sich im September in Bratislava aufhielt, wird es zu einem Austausch Ende November kommen. Vorstandsmitglied Rainer Hahn hat in den Ferien ebenfalls Kontakte zu der Studentenschaft in Prag aufgenommen, so daß möglicherweise eine gemischte Gruppe von beiden Universitäten anreist.

Platzt die Ruhr-Universität jetzt aus ihren Nähten?



WENN DER RUN AUF DIE RUHR-UNIVERSITÄT weiter anhält, sind zum Wintersemester mit Sicherheit weit über 6000 Studenten zu erwarten. Die Abteilungen zittern aus Furcht vor Überfüllung — und die Studenten zittern vor der trotz Massenansturm befristeten Studiengänge. BSZ-Bild: Kugler

aus ihren Nähten?

Der Aufbau der Ruhr-Universität und ihr personeller Ausbau, vor allem der Lehrstühle, hält nicht mehr stand mit den steigenden Studentenzahlen. Ein statistischer Bericht für den Senat weist aus, daß für das Wintersemester 67/68 mit einer Zuwachsrate gegenüber dem Sommersemester von 13,9 Prozent gerechnet werden muß. Das entspricht einem Mittelwert von 6245 Studenten.

Innerhalb von knapp zwei Jahren wäre demnach die Zahl der Einschreibungen um das Sechsfache gewachsen (WS 65/66: 1051). In den anfänglichen Überlegungen erwartete man erst in der Endphase des Ausbaus um 1972 10 000 Studenten, jetzt spricht man offiziell von 15 000, intern jedoch werden auch andere Prognosen verbreitet: „Zur Not“ könnten auch 30 000 an der Ruhr-Universität studieren.

Die Abteilungen mit den höchsten Zuwachsraten waren bisher: Sozialwissenschaft mit 99 Prozent, Mathematik 73 Prozent, Geowissenschaft 47 Prozent.

Die Abteilungen mit den absolut höchsten Zahlen und den ausgesprochenen Engpässen sind jedoch: Wirtschaftswissenschaft (1117 Hauptfachstudenten im SS 1966), Philologie (1325, mit Nebenfachstudenten sogar 2015) und Rechtswissenschaft (808).

Schon im letzten Semester wurde deutlich, daß gefährlich die restriktiven Maßnahmen von Zulassungsbeschränkungen drohen — während andererseits die schon berufenen Professoren der Naturwissenschaften ungeduldig wurden, weil sich Lehr- und Forschungsbeginn in ihrem Bereich hinauszögerte.

Vorbeugend hat die Abteilung Rechtswissenschaft vor einem Studienbeginn zum SS 1968 gewarnt. Nur bei Aufnahme des Studiums zu Beginn des jeweiligen Wintersemesters sei „ein ordnungsgemäßer Studienablauf voll gewährleistet“. Begründung: „... aus personellen und anderen Gründen nicht in der Lage, die nach dem Studienplan für Studierende des ersten Semesters vorgesehenen einführenden Lehrveranstaltungen in jedem Semester gleichmäßig anzubieten“.

Der schon beschlossene Numerus clausus in Psychologie (mit 33 Prozent innerhalb der Abteilung III höchste Zuwachsrate; 301 Haupt- und 80 Nebenfachstudenten) scheint doch noch am Veto des Kultusministers zu scheitern.

Auch die Abteilung Wirtschaftswissenschaft hat offenbar den Numerus clausus schon ins Auge gefaßt, zögert aber, ihn anzuwenden, weil „bildungspolitisch und hochschulpolitisch ungeeignet, höchst ungerecht“ (so Prof. Schilcher).

Diese Probleme lassen sich unseres Erachtens nur langfristig und global lösen — aber wann entschließen sich Bund- und Länderregierungen endlich, endlich, endlich, die Prioritäten der Bildungspolitik nicht nur verbal anzuerkennen?

Wissenschaftsrat opportunistisch?

BONN. (vds-info/BSZ) In einer für den Verband Deutscher Studentenschaften (vds) ungewöhnlich scharfen Form hat der vds Ende September die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970“ in einer Stellungnahme zurückgewiesen.

Am 20. Juli 1967 hatte der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen verabschiedet. Der Wissenschaftsrat beachtete, mit dieser Arbeit seine „Vorstellungen von der notwendigen und wünschenswerten Entwicklung der Hochschulen möglichst genau zu definieren, damit die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Maßnahmen bestimmt werden können“.

Die Stellungnahme des vds, die auf einer Studie des Hochschulausschusses des vds, in dem auch der Bochumer Studentenparlamentarier Hendrik Bussiek (ABS) mitarbeitet, basiert, stellt zahlreiche Widersprüche fest.

U. a. trat der Wissenschaftsrat noch 1960 für eine Erweiterung der personellen und sachlichen Mittel für alle Bereiche der Hochschulen ein, um die „Bildungseinrichtungen so (zu) erweitern, daß sie dem Bedürfnis aller Volksschichten nach wissenschaftlicher Ausbildung entsprechen.“ Dagegen empfiehlt er 1967,

- bis 1970 auf keinen Fall weitere Hochschulen zu gründen,
- bis 1970 neue Fakultäten nur in Ausnahmefällen zu genehmigen,
- bis 1970 nur 142 von über 1000 geforderten Lehrstühlen einzurichten (das würden für Bochum nur 2—3 neue Lehrstühle bis 1970 bedeuten!).

In der Stellungnahme des vds wird dazu festgestellt, daß der Wissenschaftsrat damit endgültig aufhöre, „Schrittmacher einer expansiven Bildungspolitik zu sein.“

Der Wissenschaftsrat schlägt statt eines wirksamen Ausbaus der Hochschulen einen Abbau der Studentenzahlen vor, d. h. Numerus clausus in allen Fächern! Die beiden Begründungen lauten:

1. Nachwuchsmangel,
 2. Erhaltung der wissenschaftlichen Qualität.
- Beide Gründe werden in der vds-Stellungnahme als „nicht haltbar“ bezeichnet. Wörtlich wird festgestellt: „Der Wissenschaftsrat orientiert sich in seinen Berechnungen nicht an den Möglichkeiten von morgen, sondern an den Versäumnissen von gestern.“ Der Wissenschaftsrat setzte nämlich voraus, daß bis 1970 keinerlei Reformen durchgeführt würden.
- „Der vds hätte vom Wissenschaftsrat erwartet, daß er bildungspolitisch derart weitreichende Empfehlungen, wie • Numerus clausus und

• Ausbau- und Planungsstopp der wissenschaftspolitischen Hochschulen bis 1970 mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Redlichkeit erstellt. Das ist nicht geschehen.“

Dieser ersten Stellungnahme des vds, übrigens die erste Reaktion einer Wissenschaftsinstitution auf die Empfehlungen überhaupt, sollen zu Einzelpunkten konkrete Gegenvorschläge folgen. Die BSZ wird laufend darüber berichten.

Nach offiziellen Angaben betrug die Zahl der ordentlichen Studierenden an der Ruhr-Universität im Sommersemester 4710, davon waren 147 Ausländer. 227 Gasthörer hatten sich außerdem eingetragen.

Die Sozialstruktur der Studentenschaft hat sich nur geringfügig verändert. Der Anteil der Studierenden aus Arbeiterhaushalten erhöhte sich von 10,8 auf 12,1 Prozent. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild (in Klammern die Vergleichszahlen des WS 66/67):

Berufe der Väter:	
36,8 % (35,9) Angestellter	
23,9 % (24,2) selbständig	
10,2 % (10,9) Beamter i. höh. Dienst	
8,0 % (8,5) Beamter i. gehob. Dienst	
5,5 % (5,3) Beamter i. mittl. Dienst	
1,4 % (1,2) Beamter i. einf. Dienst	
6,4 % (5,8) Facharbeiter	
1,3 % (1,2) Werkmeister	
4,4 % (3,8) angel. u. sonst. Arbeiter	
2,1 % (2,7) ohne Angaben	



Durst löscht man mit Schlegel



Genauer gesagt

Schade. Die Studenten haben die Kanzlerworte gelesen und haben gefeilt. Schade, denn die wenigsten können wissen, daß die Studentenschaft in Dr. Seel ihren verlässlichsten und entschiedensten Anwalt hat. Der Artikel in der F.A.Z. enthält eine Fülle zutreffender Beobachtungen und aphoristischen Bemerkungen. Sympathisch, wenn Dr. Seel „keine der von Springer herausgegebenen Zeitungen“ liest (statt dessen: „Spiegel“, „Christ und Welt“, „Die Zeit“, die F.A.Z.).

Es erleichtert uns, zu erfahren, daß er launig die Geringschätzung der Studentenvertreter zurückweist („Es ist eine Freude, mit ihnen zu verhandeln. Von Geld verstehen sie eine Menge“).

Auch den Vorschlag, zur Selbstdisziplinierung zwei Pflichtsemester Sport zu verschreiben, nehmen wir nicht ernst als er gemeint sein kann: richtiger wäre es, die Pläne zu verwirklichen und an der Ruhr-Universität die großzügigen Sportanlagen zu schaffen — nicht für den geistigen Drill, sondern für die schöpferische Entspannung. Welches enttäuschendes Maß an Mißverständnissen offenbart sich aber an anderen Stellen. An entscheidenden Stellen! Niemand rebelliert gegen die Väter. Uns bedrücken viele Zustände in dieser Republik. Schon Rektor Greeven sagte in seiner Rede zu dem Totschlag des Berliner Studenten — bei allem Respekt vor seiner Noblesse — haarscharf das Falsche. Diese Jugend ist nicht erweisbar besser als die „Vätergeneration“, und deren Kniefall macht sie melancholisch.

Wir wollen die Unruhe in den Dingen, nicht die Reue von Individuen. Allerdings ist zu fragen, wessen Geist sich da ausweist, wenn die Funktion der Kritik diffamiert wird als „negative Haltung zum politischen und staatlichen Geschehen“, als Modeschau gar. In einer Demokratie hat niemand Staat und

KANZLERWORTE A. W. Michael jr.

Regierung zu verteidigen, nur weil es Staat und Regierung ist. Deren kalte Mittel der Rechtfertigung sind der leidenschaftlichen, kritischen Anteilnahme immer schon überlegen gewesen.

Und was heißt: „Die Freiheit verlangt einen hohen Preis: sich selbst zurechtfinden.“ Ich halte das für zynisch. Weshalb beschwören wir dann noch die Universität als korporative, partnerschaftliche, interdisziplinäre, solidarische Gemeinschaft! Sollen wir uns — einmal so gerechnet — weiterhin die volkswirtschaftlichen Verluste erlauben, daß Studenten im Studium scheitern, weil das System es so will? Sich selbst zurechtfinden, gegen die oft empfindlichen materiellen Unzulänglichkeiten und den geistigen Hochmut in manchen Wissenschaften — was für verklemmte Heroen wollen wir denn? Ich habe mit Verblüffung gelesen, mit welcher Freundlichkeit die Anstrengungen der sich exponierenden Studenten in den Bereich der Pubertät gerückt werden. Da gibt es z. B. eine dem Siechtum verfallene Stadt, die einmal Deutschlands Mittelpunkt war. Die Experten wissen es, die Studenten gehen auf die Straße, weil sie es nicht ertragen.

Sie kennen die Bedingungen Berlins genau, sie haben das Tatsachenmaterial in der Rocktasche, sie schlagen nur vor, daß man überhaupt einmal über das Wichtige rede; und man antwortet ihnen mit Knüppeln, Pistolen, süffisanten Hetzartikeln und Vorschaltgesetzen. Und Dr. Seel nimmt die „hohe Empfindlichkeit des deutschen Gelehrten“ in Schutz...

Daß sich an unseren Hochschulen exemplarisch vollzieht, woran diese Demokratie krank ist, wird verschwiegen. Freiheit als ein personales Problem zu sehen, latentes Mißvergnügen am Massencharakter der Gesellschaft, Beharren auf den positivistischen Methoden der Wissenschaft, Ausschluß der vielen von den geistigen Gütern zugunsten der wenigen, die Qualität haben sollen, Praktizierung der Demokratie als Beschäftigungstherapie — all das verhindert die Einrichtung wahrhaft humaner Zustände, in der die „Chance menschlicher und geistiger Souveränität“ besteht, nicht ertrotzt werden muß.

Schade. Ich habe zu viele feinsinnige Killerphrasen gefunden in dem, was ein Plädoyer für die aufmerksame Minderheit hätte sein können. Die Pappmascheesterne aus der Rumpelkammer des bourgeois Humanismus verdunkeln den Horizont: das Denken im nachhitlerischen Deutschland ist wieder verdächtig.

Deshalb hat der Schriftsteller Christian Geissler von Münchner Studenten am 5. Juni gesagt: „Nicht die Leute ringsum sind niederträchtig, sondern das System ist es. Dieses System muß geändert werden. Und es wird auch geändert werden. Denn dies hier ist unser Land!“

Kritische Universität soll vom Senat verboten werden - Es herrscht Notstandsklima an der FU in Berlin

BERLIN. (dpa/BSZ) — Der Erste Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität Berlin, Hartmut Häussermann, ist aus Protest von seinem Amt zurückgetreten. Sein Schritt wurde durch die Stellungnahme des Senats der FU ausgelöst, der sich entschieden gegen die „Kritische Universität“ ausgesprochen hat. Der Plan einer Gegenuniversität, mit der die Berliner Studentenschaft die Ereignisse des Sommersemesters beantwortete, ist der seit Ende des Krieges einzige und ernsthafteste Versuch, von seiten der Studentenschaft, auf die innere Struktur der Universität einzuwirken.

Von verschiedenen Seiten wird befürchtet, daß der Kurs an der Freien Universität sich noch weiter verschärft. Die Berliner Kommilitonen haben wiederholt versichert, daß sie die Kritische Universität trotz der Widerstände durchsetzen wollen. Der von den Studenten zuerst geforderte Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Albertz wird von der Mehrheit der Studentenvertreter durchaus nicht als ein „Sieg“ oder als Konsequenz ihrer Aktionen betrachtet — trotz der Happenings auf dem Kudamm, als Albertz kapitulierte.

Der Senat der FU ließ sich von Prof. Borinski, dem Beauftragten für politische Bildungsarbeit, ein Gutachten ausarbeiten. Darin wird behauptet, die kritische Universität sei kein Beitrag zur Hochschul- und Studienreform, sondern ein Beitrag zur politischen Aktion der außerparlamentarischen Opposition. Der ASTA handle als „Sprachrohr außeruniversitärer politischer Kräfte.“ Am 15. September erklärte der Senator für Wissenschaft und Kultur, Dr. Stein, es gehe auf keinen Fall, daß die Lehrfreiheit angetastet und Druck auf Professoren ausgeübt werde. Der CDU-Vorsitzende Franz Amrehn verlangte sogar ein sogenanntes „Vorschaltgesetz“ (vor das neue Universitätsgesetz), praktisch eine Art Notstandsgesetz für die Universität, um „die Funktionsfähigkeit ihrer Organe“ wiederherzustellen.

In einer Stellungnahme zu dem Knauer-Borinski-Gutachten (der Philologe Prof. Knauer war zweiter Gutachter neben Borinski) geißelt der ASTA die beispiellose Hilflosigkeit der Behörden. Darin heißt es u. a.: „Sich der Einheit von Theorie und Praxis zu nähern versuchen, also z. B. in den Notstandsgesetzen nicht nur die Zerstörung der Demokratie zu erkennen, sondern sich auch noch etwas zur Erhaltung der Demokratie auszudenken, gilt als verbotenswert.“

„Alle von Knauer und Borinski erhobenen politischen Anschuldigungen folgen dem den Springer-Blättern entlehnten Denunziationsmechanismus.“

„Wenn für das Gutachten dieser Gedanke (d. i. die dialektische Einheit von Gesellschafts- und Hochschulpolitik) die Vorstellung von Besessenen ist, die nicht mehr diskutiert wird, weil sie offenbar unmittelbar ihre ganze Verwerflichkeit zeigt, dann darf man ja wohl allmählich fragen, wann der Akademische Senat die Werke von Hegel, Marx, Lukacs, Benjamin, Horkheimer, Adorno und auch von H. J. Lieber aus den Bibliotheken der FU zu entfernen beschließt.“ (Der ehemalige Rektor Lieber ist Marx-Herausgeber und hat über die Ideologie des Totalitarismus geschrieben).

Die Berliner Studentenvertreter sind in den letzten Monaten offenbar entnervt worden; das ist eine Folge der rein bürokratischen Maßnahmen gegen sie. Der SHB-Bundesvorstand will zur Stilllegung der Studentenparlamente und der ASTAs aufrufen und zur Gründung einer Kritischen Universität auf Bundesebene auffordern, „falls bis zum 31. Dezember die Hochschulreform nicht wesentliche Fortschritte gemacht“ habe.



VON ALPTRÄUMEN scheinen die Berliner Studentenvertreter verfolgt zu sein: während einer Tagung des vds brachte Hochschulreferentin Sigrid Fronius diese Zeichnung ein wenig geistesabwesend zu Papier.

Grass hatte zu viele Verpflichtungen

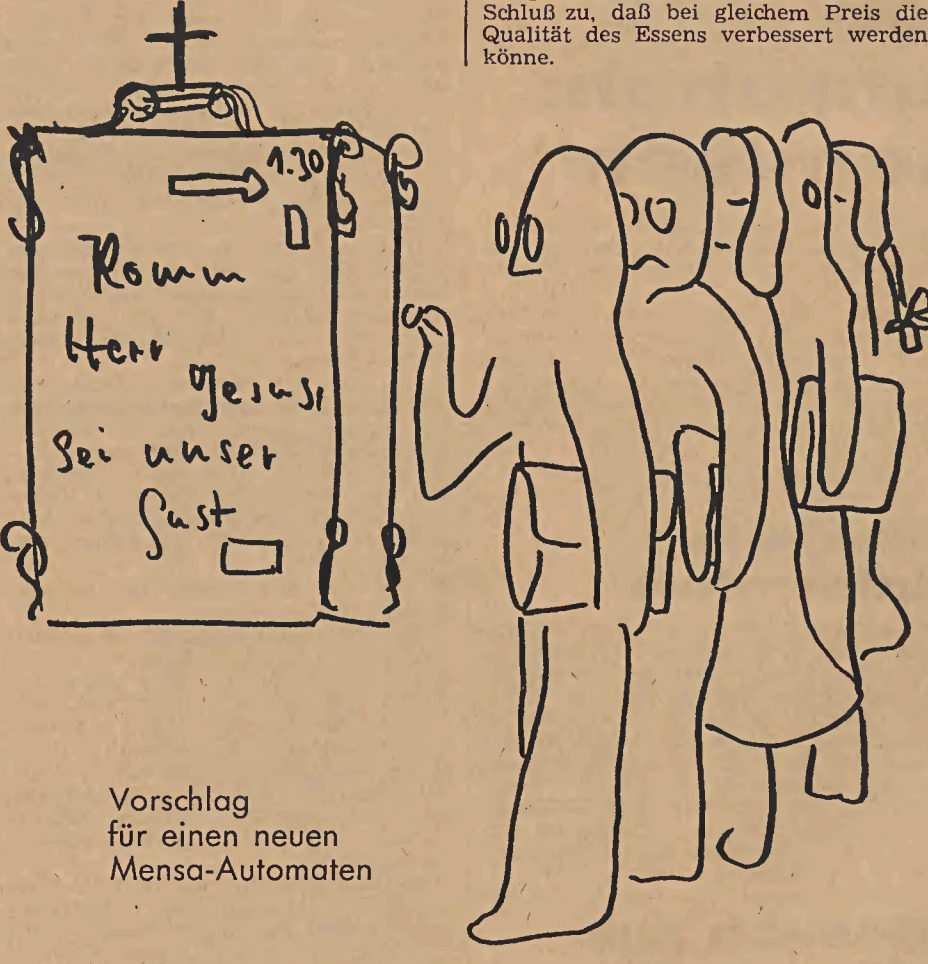
Von einem guten Plan muß die Abteilung Philologie vorerst Abstand nehmen: jedes Jahr soll ein repräsentativer Schriftsteller — nicht unbedingt ein deutscher — eingeladen werden, um ein Seminar über Poetik zu leiten.

Dekan Prof. Grosse dachte an Günter Grass (vor allem auch wegen seiner Diskussionsfreudigkeit); doch bat dieser, die Veranstaltung um ein Jahr zu verschieben, weil er schon so weit im voraus für andere Verpflichtungen disponiert habe. Grundsätzlich hat Grass („Außer Berlin gibt es nur noch das Ruhrgebiet, wo es sich zu leben lohnt“) seine Zustimmung gegeben und Spektabilis Grosse will ihn am 2. November, wo er auf Einladung der Literarischen Gesellschaft in der Ruhrland-Halle spricht, „festnageln“.

Zuvor hatte die Abteilung Peter Weiß angeschrieben, doch war dessen Absage „sehr kurz gehalten“. Im Gespräch waren auch der Lyriker Paul Celan, Helmut Heißenbüttel und H. M. Enzensberger.

Der Kanzler hatte zugesagt, aus dem Universitätshaushalt das Projekt zu finanzieren. Sagte Prof. Grosse der BSZ: „Trotz aller sozialistischen Tendenzen ist der Grass doch sehr teuer. Von Honoraren versteht er schon etwas“.

In der Literatur-Zeitschrift „Poetica“, die von Prof. Mauerer u. a. herausgegeben wird, sollen diese Poetik-Diskussionen ausgewertet werden. Nach dem jetzigen Stand der Dinge wird es jedoch erst im Wintersemester 1968/69 dazu kommen.



Vorschlag für einen neuen Mensa-Automaten



Das Umschlagbild des Vorlesungsverzeichnisses der Kritischen Universität.

Leib- und Magen-Probleme der Mensa

Die Mensa wird zu Beginn des Wintersemesters neben dem bisherigen Stammessen zu DM 1,30 ein zweites Gericht für DM 2,— anbieten. Dieses Wahlessen soll am zweiten Band im großen Saal ausgegeben werden. Das Angebot eines Eintopfs zu DM 1,— bleibt weiterhin bestehen.

Der tatsächliche Materialwert der Gerichte beträgt im Durchschnitt 0,80 DM (Eintopf), 1,10 DM (1. Essen) und 1,70 DM (2. Essen). Diese Differenz zwischen „Materialeinsatz“ und Verkaufspreis soll die fehlenden Subventionen aus den Sozialbeiträgen der Studenten ausgleichen. Normalerweise verlangt das Kultusministerium eine Eigenleistung pro Student und Semester von 8 bis 10 DM. Die Studentenschaft hat diese verweigert, weil nicht alle Studierenden gleichmäßig in der Mensa speisen. Bei diesem System der indirekten Subventionierung müßte also ein Teil der Studenten dem anderen Teil das Essen mitbezahlen.

Andererseits fallen die Beiträge des Landes Nordrhein-Westfalen nicht so hoch aus, daß die Mensa ein Essen anbieten könnte, welches seinen Preis wert wäre.

Da vom Akademischen Förderungswerk u. a. Preiserhöhungen erwogen wurden, hatte der Vorstand der Studentenschaft schon im vergangenen Semester einen Experten beauftragt, die Angelegenheit zu prüfen. Das Gutachten ließ den Schluß zu, daß bei gleichem Preis die Qualität des Essens verbessert werden könne.

Derselbe Gutachter, ein Spezialist für Großküchen, ist inzwischen vom AFW gebeten worden, einen Kochkursus für die Angestellten der Mensa durchzuführen.

- Wie das AFW durch Direktor Sträter der Studentenschaft mitgeteilt
- hat, liegt ebenfalls ein Gutachten des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes der Stadt Bochum vor. Darin soll der geringe Kaloriengehalt der Gerichte gerügt worden sein. Ein qualitativ befriedigendes Mensa-Essen sollte 1000 Kalorien enthalten, „bei ausgewogenem Gehalt an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten“. Der tatsächliche Wert liegt aber zwischen 600 und 700 Kalorien.

Die jetzt angekündigten Neuerungen gehen auf Veranlassung des Vorstandes der Studentenschaft zurück. Dazu gehören auch Vorschläge zur Rationalisierung des Restaurantbetriebes, zur Erweiterung des Angebots aus der kalten Küche und des Angebots an Getränken. Eine Kommission von Studenten soll jetzt regelmäßig den Speiseplan der Mensa begutachten und kontrollieren. Außerdem wurde Direktor Sträter eingeladen, am Ende jeden Jahres vor dem Studentenparlament einen Rechenschaftsbericht zu geben. (Das Akademische Förderungswerk verwaltet außer der Mensa noch die Staatlichen Wohnheime und die Studienförderung nach dem Honnefer Modell). Sträter hält diesen Vorschlag für „eine gute Idee“.

CHOR UND ORCHESTER HOFFEN AUF ZULAUF

Im vergangenen Semester haben sich ein Kammerorchester und ein kleiner Chor zusammengefunden. Der Kreis war noch klein, aber die einzelnen Mitglieder durchweg sehr musikalisch und aufgeschlossen, so daß eine fruchtbare Arbeit möglich war.

Der Leiter beider Gruppen ist Dr. Allroggen, ein Dirigierschüler von Generalmusikdirektor Hans Schmidt-Isserstedt, bekannt durch den Rundfunk. Wie Dr. Allroggen der BSZ schrieb, hofft er jetzt auf „einen größeren Zulauf“.

Im Orchester sind Spieler aller gebräuchlichen Orchesterinstrumente willkommen, insbesondere Streicher. Auch im Chor können alle Stimmgruppen Aufführung vertragen. Elementare Notenkenntnisse sind erwünscht.

Dr. Allroggen schreibt uns weiter, daß er „eine von vornherein auf bestimmte Epochen oder Stile ausgerichtete Beschränkung vermeiden“ will, und die „Gegenstände der musikalischen Bemühungen sich ganz nach den durch die Beteiligung der Studenten gegebenen Möglichkeiten richten“ müsse.

Die BSZ hofft, daß sich Chor und Orchester noch in diesem Semester mit einer Abendveranstaltung vorstellen können!

Also für alle musikbegeisterten Studentinnen und Studenten: der Chor probt dienstags von 19.30 Uhr bis 22 Uhr, das Orchester während der gleichen Zeit am Mittwoch, beide im Hörsaal SG I, Overbergstraße 19.

Ausbildungsförderung kommt unter die Räder

Die Studentenschaften in der ganzen Bundesrepublik sind durchaus unzufrieden mit der staatlichen Ausbildungsförderung. „Vergessen Sie aber nicht die Zahl der Anträge, die glatt durchgehen“, sagt uns dazu der Referent des Akademischen Förderungswerkes. Tatsächlich sind die Leistungen an der Ruhr-Universität erstaunlich. Die Zahl der Geförderten betrug im vergangenen Semester 1400 Studierende; bei 4563 angegebenen ordentlichen deutschen Studierenden bedeutet das 30 Prozent. (Der Bundesdurchschnitt beträgt etwa 20 Prozent.) Daneben werden noch Freitische vergeben (vom AFW aus staatlichen Zuwendungen, vom Vorstand der Studentenschaft aus Spenden der Industrie); rund 20 geeignete Studenten erhalten sogenannte Einsatzstipendien (als wissenschaftliche Hilfskräfte); außerdem werden 30 Prozent der Summe der Studiengebühren wieder für Gebührenerlaß vergeben. Für besondere Härtefälle kann das Studentenwerk schließlich einmalige zinslose Kleindarlehen gewähren.

Trotzdem „kommt die Studienförderung unter die Räder“, wie die Deutsche Universitätszeitung kürzlich kommentierte. Gründe:

- seit Jahren können sich Bund und Länder nicht über eine Neuordnung einigen, verheirateten Studentinnen und Studenten wird das elterliche Einkommen weiterhin berechnet;
- wer über den Zweiten Bildungsweg zur Universität kommt, „darf“ sich auch seine zweite Ausbildung von den Eltern bezahlen lassen;
- die Richtlinien des Honnefer Modells stimmen nicht mehr mit der neuen Organisation des Studiums überein, was sich besonders in Bochum bemerkbar macht.

Auf Beschluß der 19. Mitgliederversammlung wollte der Verband Deutscher Studentenschaften (vds) den 1. Juli 1967 zu einer Kampagne für eine bessere Studienförderung nutzen. Durch die Notstandsübungen des 2. Juni rückte die Aktion jedoch ins Hintertreffen.

Das ist der Stand der Dinge: auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion antwortete das Bundesinnenministerium: „Über Verbesserungen der materiellen und formellen Grundlagen der Studentenförderung steht die Bundesregierung seit langem im Gespräch mit den Ländern. Bisher konnten jedoch konkrete Ergebnisse für Verbesserungen mit größerer finanzieller Tragweite nicht erzielt werden.“

Und dabei soll es offenbar bleiben: die 118. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) am 26./27. September in Husum nahm die Stu-

dienförderung ausdrücklich nicht in die Beratungen über ein allgemeines Abkommen zur Ausbildungsförderung hinein.

Außerdem wird die Tendenz sichtbar, daß dieser Komplex von den Ländern nicht als „Gemeinschaftsaufgabe“ betrachtet wird. Das heißt: es wird weiter gekleckert, es bleibt alles beim alten (weil angeblich das Grundgesetz den Föderalismus segnet).

In Wirklichkeit wollen die Finanzminister der Länder die etwa 80 Millionen Mark Mehrausgaben nicht bewilligen, die eine bescheidene Verbesserung des Honnefer Modells kosten würde. (Bisher geben Bund und Länder zusammen rund 120 Mio Mark jährlich aus).

Schon 1966 hatte sich die KMK (dem Wissenschaftsrat und dem vds folgend) vorgenommen:

1. die sogenannten „Freibeträge“ werden erhöht,
2. der Höchsthörförderungsbetrag von derzeit 290 DM wird auf 350 DM erhöht, und diesen Betrag hält die KMK für „kostendeckend“, anders gesagt: gerade ausreichend;
3. in der Anfangsförderung (3 Semester lang) erhalten die Studenten ihr Geld auch während der vorlesungsfreien Zeit;
4. bei der Übernahme in die Hauptförderung soll das Qualifikationsmerkmal „Gute Leistungen“ fortfallen, stattdessen soll der Nachweis eines normalen Studiums den Studienplänen entsprechend ausreichen, womit das Honnefer Modell stärker auf eine Breitenförderung ausgerichtet wird.

Studentenschaft protestiert

Gerade diesen Punkt hat der Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität zum Anlaß genommen, einen Dringlichkeitsappell an die Landesregierung zu richten. Der Brief ging am 22. August ab. Bisher hat das Kultusministerium nicht einmal eine Eingangsbestätigung für nötig befunden.

Tatsächlich hat sich an der besonderen Sozialstruktur der Bochumer Studentenschaft erwiesen, daß die bislang geltenden Förderungskriterien mangelhaft sind.

Darüber hinaus steuern nach Ansicht des Vorstandes einige Abteilungen der Ruhr-Universität auf „Gegenkurs“: in den Zwischenprüfungen werden Noten von 1 bis 5 erteilt. In den Genuß der Hauptförderung kann aber, nach einem Entschluß des Hauptförderungsausschusses, nur kommen, wer im Durchschnitt bei 3 liegt. Praktische Folge: man besteht die Zwischenprüfung und kann beruhigt dem Examen entgegensehen, ist aber nicht würdig für die Ausbildungsförderung!

Andere Erscheinungen:
● man muß, um sich genügend auf die Zwischenprüfung vorzubereiten, zunehmend auf die Möglichkeit der Ferienarbeit verzichten — in der An-

fangsförderung wird Geld in der vorlesungsfreien Zeit aber nicht gewährt;

● die Anfangsförderung wird höchstens bis zum 5. Semester verlängert — wer die Zwischenprüfung wiederholen muß, bekommt während dieser kritischen Phase überhaupt nichts.

Diesen Tatbestand hat der Vorstand der Studentenschaft in seinem Schreiben an das Ministerium für „bildungspolitisch untragbar“ erklärt. Bisher ließ wenigstens der Rektor der Ruhr-Universität erkennen, daß er die Angelegenheit einer Debatte im Senat für wert hält.

Bundes- und Landesregierung geben jedoch weiterhin nur ihre Unfähigkeit zu erkennen, zu einer langfristigen Planung zu kommen, das Recht auf Bildung zu verwirklichen und damit dem Auftrag des Grundgesetzes nachzukommen, sowie die Bildungspolitik endlich auch unter sozialpolitischem Aspekt zu sehen. Die Studenten jedoch wissen nicht, wo ihnen der Kopf steht. Meinte der Förderungsreferent des AFW: „Zwar haben wir überdurchschnittliche Werte, aber ich bin nicht sicher, ob alle Studenten die Förderungsmöglichkeiten ausnutzen und nicht zu früh die Flinte ins Korn werfen.“

Jeder dritte Student kommt mit PKW zur Uni

34 Prozent der Ruhr-Studenten erreichen die Universität mit einem PKW. Das hat die (noch nicht veröffentlichte) Auswertung der Fragebogenaktion zur Verkehrsplanung im WS 1966/67 ergeben. Damit ist nicht unbedingt gesagt, daß auch der gleiche Personenkreis einen Wagen besitzt, denn der Mitfahreranteil im PKW wurde mit 10 Prozent ermittelt (an anderen Universitäten zwischen 0 und 2 Prozent).

Bei den Wirtschaftswissenschaftlern ist das Auto mit 47 Prozent das beliebteste Verkehrsmittel für den Weg zur Universität. Es folgen: Rechtswissenschaftler (40 Prozent), Theologen (39 Prozent), Naturwissenschaftler (33 Prozent), Philologen, Geschichtswissenschaftler, Philosophen, Pädagogen und Psychologen (26 Prozent).

Der Bericht, den das Staatshochbauamt zusammengestellt hat, hält weiter fest: „Mit zunehmender Entfernung verschiebt sich das Verhältnis zwischen Auto und öffentlichem Verkehrsmittel immer mehr zugunsten des Autos.“

Aus Dortmund kommende Studierende haben mit 47 Prozent den größten Anteil an PKW; aus Essen 36 Prozent, aus Witten 32 Prozent und aus Bochum 25 Prozent Anteil PKW.

Die Anteile der Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln sind: Dortmund 37 Prozent (Eisenbahn + Bus 34 Prozent Bus 3 Prozent), Essen 53 Prozent (48; 5), Witten 57 (0; 57) und Bochum 31 Prozent (1; 30).

18 Prozent der befragten ordentlichen Studierenden gaben immerhin an, daß sie zu Fuß zur Universität gehen. Die Gehweite reicht bis zu 4 km, jedoch beträgt die mittlere Entfernung, die die Fußgänger zurücklegen, nicht mehr als 900 Meter.

Da das Studentenparlament die Universitätsverwaltung im vergangenen Seme-



GENÜGENDE PARKPLÄTZE seien an der Ruhr-Universität vorhanden, behauptet die Verwaltung aufgrund einer Auszählung im Juli dieses Jahres. BSZ-Bild: Kugler

ster häufig darauf hingewiesen hat, daß zu wenig Parkmöglichkeiten vorhanden seien, wurde in der Juli-Woche vom 3. bis 7. eine Stichprobenzählung gemacht. Ergebnis: von den angeblich vorhandenen 1290 Abstellplätzen zwischen Buscheystraße und Institutsgebäuden sollen ein erheblicher Teil immer frei gewesen sein. Die höchsten Frequenzen lagen Dienstag um 11.15 mit 942 parkenden Wagen, Mittwoch um 11.15 mit 888, Donnerstag zur gleichen Zeit mit 863, Montag mit 814 und Freitag mit 761. Doch soll die am wenigsten genutzte Wiese unterhalb der Baraken des Staatshochbauamtes jetzt asphaltiert werden. Übrigens: im Parkverbot standen regelmäßig zwischen 12 und 27 PKW.

Die meisten wohnen zu Hause

Innerhalb eines Umkreises von 5 km von der Universität wohnen 45 Prozent der Studierenden — aber 60 Prozent der Bediensteten! Innerhalb eines Umkreises von 10 km 62 Prozent Studierende — aber 82 Prozent der Bediensteten. Die mittlere Wohnentfernung der Studierenden beträgt 10 km von der Universität — jedoch die der Bediensteten nur 7,8 km! Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des Staatshochbauamtes über „Wohnsitzverteilung und Mietart.“

Genau die Hälfte der Ruhr-Studenten wohnt innerhalb der Stadtgrenzen von Bochum. Aus Essen fahren jeden Tag 9,9 Prozent nach Querenburg, aus Dortmund kommen 6,8 und aus Witten 3,7 Prozent.

Der Bericht stellt fest, daß die „Wohnsitzverteilung noch nicht stabil geworden ist und daß sie zur Zeit die Tendenz zu größeren Entfernungen hat. Offensichtlich sind die Wohnmöglichkeiten in der näheren Umgebung schon ausgeschöpft.“

26 Prozent der ordentlichen Studierenden sind in Wohnheimen untergebracht, 21 Prozent wohnen zur Untermiete, 9 Prozent zur Hauptmiete und 43 Prozent bei ihren Eltern.

Die Untersuchung kommt auch zu dem Ergebnis, daß 21 Prozent der Assistenten, 5 Prozent der Professoren und Dozenten und 3 bzw. 4 Prozent der sonstigen Bediensteten in Studentenwohnheimen untergebracht sind! Allerdings täuschen diese Zahlen optisch, da sie in Relation Personengruppe zur Mietart stehen und nicht in Relation Personengruppen zur Gruppe der Studenten.

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG

Lennerhofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Und was passiert in dem Keller?

In der unteren Etage will man Versammlungsräume für Studenten und ihre Gruppen schaffen, die Schankerlaubnis soll schon erteilt worden sein. Sogar gegen den SDS im Haus — gegen Unkostenbeteiligung natürlich — hätten die Vereinsmitglieder nichts. Was im Keller passiert, wurde allerdings nicht verraten ...

Samstag, 23. September 1967

Zimmernachweis

a. d. Universität. Heutiges Angebot: 4 Einzelzimmer, sep., fl. Wasser, Zentralheizung. Nähe Königsaal, je 80,- DM. 3-Raum-Komfort-Appartement (Müllschlucker, Telefon etc.), ca. 250 DM. 3 Einzelzimmer, sep., fl. Wasser, Ofenheizung, in Weitmar, 55, 65 und 120 DM und 35 weitere Objekte. Ruf 51 18 81

Möbl. 2-Zimmer-Wohnung, Wohnzimmer, Doppelbettzimmer, mit Küche u. eig. Dusche in Eigenheim zu vermieten. Mietpreis 200,- (admitte). Tel. 5 87 72

3-Zimmeriges Zimmer mit ... anberufen. 2 27 49

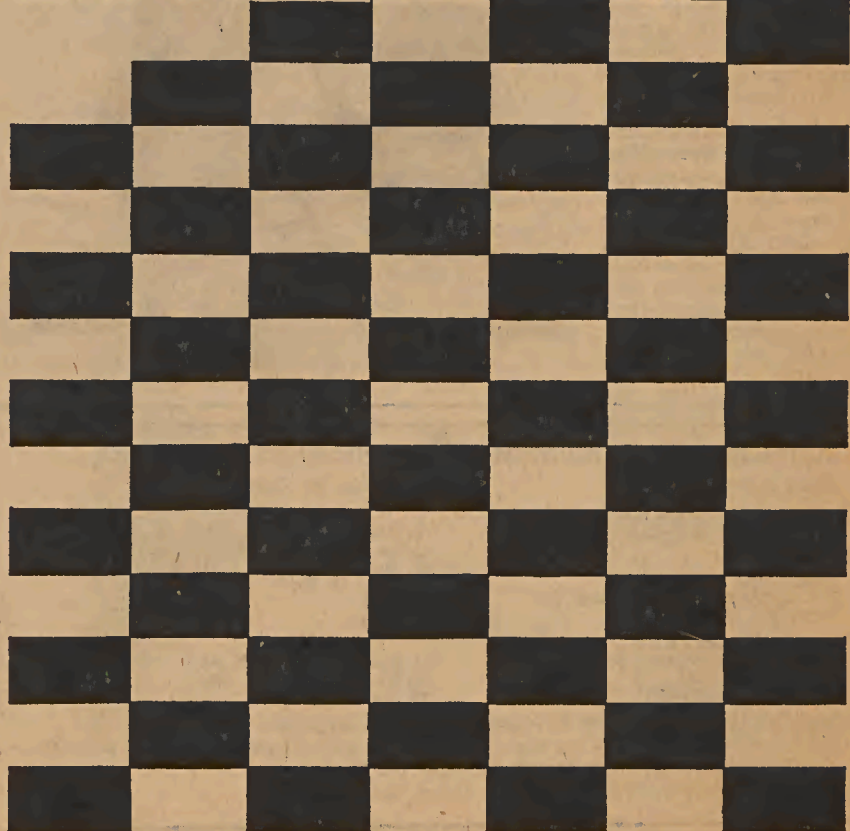
Während der Wahlen zum Studentenparlament im Juli war die Adresse Lennerhofstraße 10 Kontor der — wie die ABS verbreitete — „rechten Sammlungsbewegung“ (RCDS, WuS, BDV-WG). Offenbar wollen sich die Aktiven in den gemieteten Räumen für längere Zeit festsetzen: sie gründeten einen Verein „Akademische Selbsthilfe“ — „zunächst mit Mut und aus eigener Tasche“, wie Vorstandsmitglied und Wirtschaftsstudent Klein (31) der BSZ versicherte. Das soll aber anders werden.

Zunächst wollen sie einen Zimmervermittlungsservice aufziehen, „kostendeckend“, das heißt: 5 DM Vermittlungsgebühr und 50 Prozent der Monatsmiete Erfolgshonorar (zum Vergleich: die Zimmervermittlung des Studentenwerks in Baracke 8 hält nur die Vermittlungsgebühr zurück).

Notstand unser!

Die Studentenschaft an der Ruhr-Universität wird noch im Oktober Veranstaltungen zu den geplanten Notstandsgesetzen durchführen. Prof. Hofmann aus Marburg, Prof. Flechtheim von der FU Berlin und Jürgen Seifert haben als prominente Notstandsgegner ihre Teilnahme bereits zugesagt. Der Dialog kann beginnen — vorausgesetzt es finden sich nun auch Politiker, die sich nicht scheuen, ihr Notstands Anliegen öffentlich zu vertreten ...

EIN KONTO BEI DER WESTFALENBANK, EIN BAUSTEIN FÜR DIE ZUKUNFT!



... löscht Männer-Dürst!

HANS WITTEBERG

IMPORT / EXPORT
433 Mülheim a. d. Ruhr, Hingbergstraße 324 - Fernruf 3 37 89
INTERNATIONAL SERVICE

Einmaliges Sonderangebot für Studierende!

4-Farben-Kugelschreiber
1 Kombination Füllhalter mit 2 Patronen und Kugelschreiber (schwarz/silber)
16 diverse Farbenkugelschreiber
Brieföffner
Im Karton für nur 5,- DM!
Im Studentenwerk — Baracke 8 — gleich hinter der Mensa.

Haben Sie Sorgen mit der elektrischen Anlage in Ihrem Auto???

BOSCH-DIENST WITTEN — BENDICK & CZECH
Witten, Neddenburweg 23 (an der Sprockhöveler Str.), Ruf: 5 50 77 u. 5 52 42

Verkaufs- und Instandsetzungsbetrieb

Batterien, Zündkerzen, Lichtmaschinen, Anlasser, Einspritzpumpen u. Autoradio
Bei Vorlage des Studentenausweises der Ruhr-Universität gewähren wir auf:

AUTOSUPER UND ZUBEHÖR

Antennen, Lautsprecher und Entstörmaterial 30 % Rabatt

HANDELSARTIKEL

Scheinwerfer, Fanfaren, Birnen, Wischermaterial, Leuchten, Zündkerzen etc. 20 % Rabatt

ERSATZTEILE

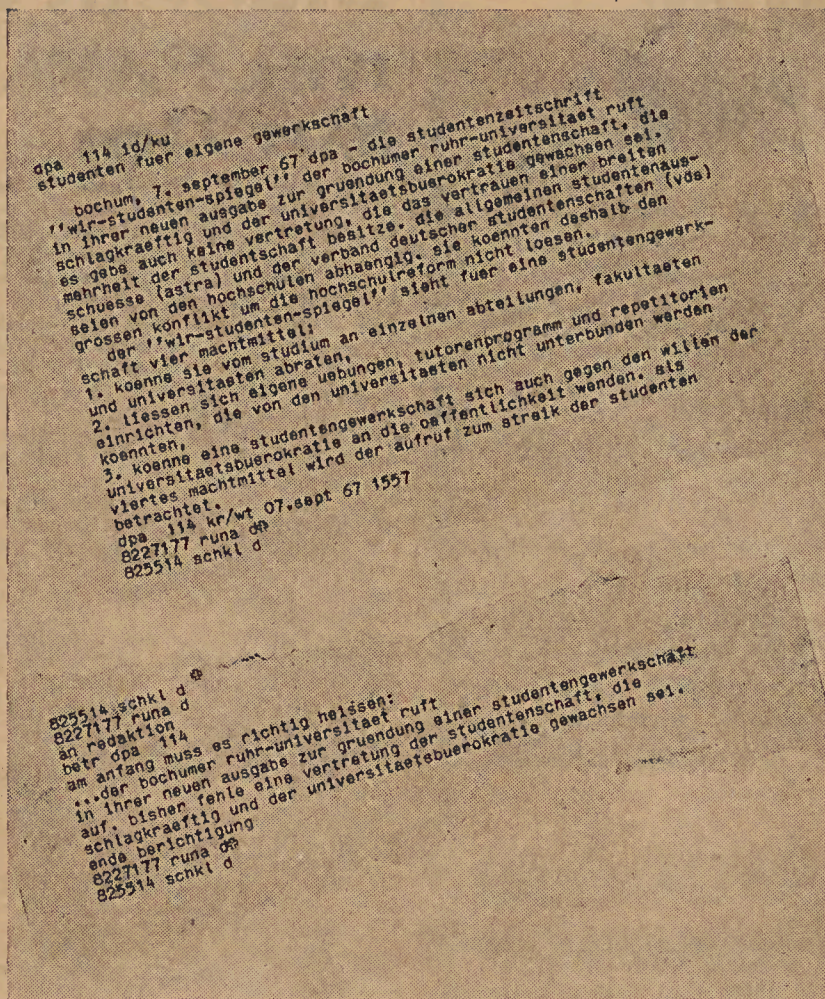
. 10 % Rabatt



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Taggeld zahlt!
Krankensich ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 82, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G., Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 95, Telefon 6 05 46-48
oder Studentenwerk Bochum e. V., dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

Per aspera ad astra



Einige Unruhe rief in den ersten Septembertagen eine Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa) hervor. Was haben die Studenten nun schon wieder im Schilde, fragte man sich besorgt in Kreisen der Ruhr-Universität. Der Fernschreiber brachte die Sache dann ans Licht: die Fehlleistungen in diesem Text sind kaum zu zählen. Sie waren das einsame Ergebnis einer redaktionellen Leistung der Wattenscheider Jugendzeitschrift „Wir“, die seit diesem Jahr auch als „Studenten-Spiegel“ an der Ruhr-Universität vertrieben wird. In der gleichen Sonderausgabe beklagte übrigens Wissenschaftsminister Stoltenberg den „intellektuellen Hochmut“ der Studenten. Zur Zeit denkt niemand in Bochum an die Gründung einer Gewerkschaft. Die dafür in Frage kommenden Mitglieder des SHB, SDS und der ABS sind mit imponierenden Wahlergebnissen ins Studentenparlament und in den Vorstand der Studentenschaft eingezogen und tun dort genau das, was von Punkt 1 bis 3 angeblich nur eine Gewerkschaft leisten könne.

Neue Regelung Honnefer Modell

Wie das Akademische Förderungswerk (AFW) an der Ruhr-Universität uns mitteilt, hat der Kultusminister erlassen, „daß die Umstellung der Vorlesungszeiten keine Auswirkung auf die Förderungsdauer hat“. (Vergl. auch unseren Beitrag: „Studienförderung kommt unter die Räder“).
Deshalb wird folgende Regelung getroffen:

- Studierende des 1. Semesters erhalten Anfangsförderung (Honnefer Modell) im Okt. 1967 bis einschl. Jan. 1968 = 4 Vorlesungsmonate.
- Studierende des 2. Semesters: Okt. 1967 bis einschl. Februar 1968 = 4 Vorlesungsmonate und 1 Ferienmonat.
- Studierende des 3. Semesters: Okt. 1967 bis einschl. Febr. 1968 = 4 Vorlesungsmonate und 1 Ferienmonat.

Das gleiche gilt übertragen vermutlich auch für das Sommersemester 1968 (drei Förderungsmonate).
Bitte beachten Sie die folgenden Punkte:

- 1. Studienförderung nach dem Honnefer Modell für Studienanfänger**
Anträge auf Gewährung von Studienförderung nach dem Honnefer Modell für Studenten, die im WS 1967/68 ihr Studium aufnehmen, können bis zum 30. Oktober 1967 (Ausschlussfrist) gestellt werden.
- 2. Gebührenerlaß oder Gebührenermäßigung**
Anträge auf Gebührenerlaß oder Gebührenermäßigung sind bis zum Ende der Belegfrist (17. 11. 67 Ausschlussfrist) ebenfalls in der Förderungsabteilung einzureichen.
- 3. Freitische**
Studenten, die im WS 1967/68 ihr Studium beginnen oder nach Bochum wechseln, können Anträge auf Gewährung eines Freitisches bis zum 20. Oktober 1967 (Ausschlussfrist) in der Förderungsabteilung stellen.
- 4. Ausgabe der bewilligten Freitische**
Die bewilligten Freitische für das

WS 1967/68 werden am 16., 19. und 23. Oktober 1967 in der Förderungsabteilung ausgegeben. Die bewilligten Freitische für Studienanfänger und Hochschulwechsler können am 23. und 26. Oktober 1967 in Empfang genommen werden. Der Studentenausweis ist vorzulegen. Beim Vorstand der Studentenschaft können ebenfalls noch Anträge auf Freitische gestellt werden (Baracke 8).

- 5. Studiendarlehen und Einsatzstipendien**
Anträge auf Gewährung eines Studiendarlehens oder eines Einsatzstipendiums können jederzeit gestellt werden. Über nähere Einzelheiten gibt die Förderungsabteilung Auskunft.

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote - Miete - Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

- 6. Hochschulwechsler**
Studenten, die zum WS 1967/68 die Hochschule gewechselt haben und Studienförderung nach dem Honnefer Modell beziehen, erhalten die Förderungsbeträge bis einschl. Dezember 1967 noch über das Studentenwerk der früheren Hochschule. Die Weiterförderung ab Januar 1968 wird von hier übernommen. Zur Weitergewährung der Studienförderung ab Januar 68 ist es unbedingt erforderlich, daß der Hochschulwechsel bis spätestens 30. Oktober 67 der Förderungsabteilung mitgeteilt wird, damit die Förderungsunterlagen vom bisherigen Studentenwerk noch rechtzeitig angefordert werden können.

Sprechzeiten der Förderungsabteilung: montags und donnerstags von 8 bis 13 Uhr.
Ihre Studentenvertreter sind ebenfalls bereit, Ihnen jederzeit Auskunft zu geben: Baracke 8.



... gleich hinter der Mensa

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität.
Vorsitzender: Christoph Zöpel
Redaktion: Ulrich Dröge (Stellvertr. Vors. für Öffentlichkeitsarbeit)
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 51 18 55.
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859
Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46 - 48, Telex 0 825 514.



Die Sparkassen sind moderne Geldinstitute, die sich das Vertrauen von Millionen verdient haben. Bei ihnen kann man Geld sparen, Geld gut anlegen, Geld überweisen, Geld aufnehmen. Ferner Wertpapiere, Reiseschecks und Devisen kaufen, Wertsachen aufbewahren und außerdem viele andere Geldgeschäfte abwickeln.

IHRE SPARKASSE IN QUERENBURG IM WESTENFELD 22
Tel.: 511015



Theater erwartet Ruhr-Studenten

Das Bochumer Schauspielhaus, eine der am meisten beachteten Bühnen der Bundesrepublik, erwartet und hofft auf den wachsenden Zuspruch der Ruhr-Studenten. Die ersten Premieren waren Bernhard Shaws „Cäsar und Cleopatra“ (Gr. Haus), „Ganze Tage auf den Bäumen“ von Marguerite Duras (Kammerspiele), „1913“, von Sternheim (Großes Haus), „Der blaue Boll“ von Ernst Barlach (Kammerspiele) und Gerhart Hauptmanns „Die Ratten“ (Großes Haus).

Die BSZ veröffentlicht fortlaufend Spielpläne und Hinweise. Anrechtscheine auf Karten mit 50 Prozent Ermäßigung auf allen Plätzen sind gegen Vorlage des Studentenausweises im Sekretariat der Studentenschaft (Baracke 8) erhältlich.



SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS
CASAR UND CLEOPATRA
DIE RATTEN
1913
TOSCA (G)
DER BARBIER VON SEVILLA (G)
KONZERT

KAMMERSPIELE
GANZE TAGE IN DEN BAUMEN
DER BLAUE BOLL
1. KAMMERKONZERT

Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

SPIELPLAN für die Zeit vom

9. bis 25. Oktober 1967

9. (Mo.), 11. (Mi.), 17. (Di.), 18. (Mi.), 24. (Di.)
14. (Sa.), 16. (Mo.), 19. (Do.), 20. (Fr.), 25. (Mi.)
22. (So.), 23. (Mo.)
10. (Di.), 15. (So.)
21. (Sa.)
12. (Do.)

11. (Mi.), 12. (Do.), 18. (Mi.)
13. (Fr.), 15. (So.), 23. (Mo.)
19. (Do.)



GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF

SCHLÖR-GESELLSCHAFT MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN